

EINLEITUNG

1. Das Thema

Katholisch-konservative und christlich-demokratische Volksparteien spielten im 20. Jahrhundert und besonders nach 1945 eine zunehmend wichtigere Rolle in Westeuropa.¹ Es fehlte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der internationalen Beziehungen nicht an neuen Herausforderungen für die Etablierung transnationaler Kontakte und organisierter Parteienkooperation.² So gab es alsbald erste Geheimtreffen der westeuropäischen Christdemokraten im sogenannten „Genfer Kreis“³ in der neutralen Schweiz sowie die organisierte Zusammenarbeit im Rahmen der mit dem Jahr 1947 begründeten und bis 1965 bestehenden „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI)⁴ bis zu deren Umbenennung und Umwandlung in die „Europäische Union Christlicher Demokraten“ (EUCD), die bis 1998 Bestand haben sollte.

- 1 | Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th Century Europe/La Démocratie Chrétienne en Europe au XXe siècle (Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 4)*. Wien – Köln – Weimar 2001; zuletzt zum Konnex christlich-demokratischer Parteien und europäischer Integration die umfassende Studie von: Wolfram Kaiser: *Christian Democracy and the Origins of European Union*. Cambridge 2007.
- 2 | Siehe hierzu ältere Literatur wie: Norbert Gresch: *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG*. Baden-Baden 1978; Forest L. Griebes (Ed.): *Transnationalism in World Politics and Business*. New York – Oxford – Toronto – Sydney – Frankfurt – Paris 1979; Franz Horner: *Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Geschichte, Programmatik, Strukturen*. Wien – München 1981; Ernst Kuper: *Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik*. Frankfurt/Main – Berlin – Bern – New York – Paris – Wien 1995; und zuletzt die umfangreiche offizielle Publikation von: Pascal Fontaine: *Herzessache Europa. Eine Zeitreise 1953–2009. Geschichte der Fraktion der Christdemokraten und der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament*. Brüssel 2009.
- 3 | Michael Gehler: *Der „Genfer Kreis“: Christdemokratische Parteienkooperation und Vertrauensbildung im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung 1947–1955*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001). Heft 7, S. 599–625.
- 4 | Siehe hierzu die Edition: Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965/Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens en Europe. Documents 1945–1965 (Transnational Party Cooperation of European Christian Democrats. Documents 1945–1965)*. München 2004.

Die Initiative zu einem regelmäßigen und organisierten Meinungsaustausch christlich-demokratischer Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg ging in erster Linie von der schweizerischen Konservativen Volkspartei (KVP) aus. Daneben spielte das französische Mouvement Republicain Populaire (MRP) sowie die belgische Parti Social Chrétien (PSC) eine nicht unerhebliche Rolle bei der NEI-Gründung.⁵ Entscheidende Motive waren *erstens* die Furcht um das „abendländische Kulturerbe“ angesichts der sowjetischen Machtausdehnung und *zweitens* die Notwendigkeit, die Kräfte für die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion Europas zu bündeln. Regelmäßige Kongresse und Konferenzen führten zur Behandlung aktueller Probleme. Es galt, die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien zu bekräftigen und einen programmatischen Gleichklang herzustellen. Dabei wurde *drittens* die politische Einigung des Kontinents als ein wesentliches Anliegen thematisiert.

In der Gründungsphase christlich-demokratischer Kooperation spielte das Motiv der doppelten Einigung eine Rolle: die Verwirklichung der „Europäischen Union“ (EU) wurde als erster Schritt zu einer „Weltunion“ begriffen. Dabei sollte es zu einer Zusammenführung der „christlich inspirierten demokratischen Parteien“ kommen, die zur Herbeiführung „eines dauerhaften Friedens mithilfe lebendiger Institutionen“ beitragen wollten.⁶ Diese hehren Ziele ließen sich allerdings nicht „mit einem Schlag“ realisieren. Im vertraulich organisierten „Genfer Gesprächskreis“, Begegnungen auf höchster politischer Ebene lediglich westeuropäischer Parteienvertreter, wurden alsbald die Realitäten des Kalten Krieges akzeptiert und informell in Vorabsprachen die Weichen für die Integration Westeuropas unter Ausschluss der Mitte und des Ostens gestellt.⁷ Konkrete Beschlüsse wurden nicht gefasst, aber ein intensiver Gedankenaustausch über ein gemeinsames Vorgehen in Fragen der Außen- und

5 | Thomas Jansen/Steven van Hecke: *At Europe's Service. The Origins and Evolution of the European People's Party*. Berlin – Heidelberg – Dordrecht – London – New York 2011, S. 3–21.

6 | *Archives historiques des Communautés européennes*, Florence, Villa Il Poggiolo. Collections, COL. Walter Lippens, WL. WL 89.

7 | Michael Gehler: *Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen westeuropäischer Christdemokraten 1947–1955*, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th Century Europe/La Démocratie Chrétienne en Europe au XX^e siècle (Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 4)*. Wien – Köln – Weimar 2001, S. 642–694.

Europapolitik sowie Vertrauensbildung mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis geleistet.

In Zeiten der NEI verhinderten zunächst nationale, kulturelle und sprachliche Barrieren die Entstehung einer intensiven transnationalen christdemokratischen Parteienorganisation. Schon die Struktur der Nachfolgeorganisation EUCD machte den Unterschied zu den NEI sowie ein neues Selbstverständnis deutlich: In den NEI gab es „Equipes“ (Mannschaften), d.h. konkret nationale Delegationen, die sich bisweilen aus Vertretern mehrerer Parteien zusammensetzten und sich ihrem Gedankengut verbunden fühlten. Im Gegensatz zu den NEI waren in der EUCD formell Mitgliedsparteien vertreten. Im Dezember 1978 gehörten der EUCD beispielsweise 17 politische Parteien aus 13 europäischen Staaten an – nämlich aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal, den Niederlanden, Frankreich, San Marino, Irland und Malta.

NEI und EUCD beriefen sich ausdrücklich auf christliche Grundsätze, so dass Parteien der bürgerlichen Mitte mit verwandter, aber eben nicht identer Programmatik ausgeschlossen waren. Dies betraf Staaten mit anders gelagerter politischer Kultur und nur kleinen christlich deklarierten Parteien, wie Großbritannien und die skandinavischen Länder. Innerhalb der Parteienkooperationen verlief während der gesamten Zeit ihres Bestehens eine starke Trenn- und Konfliktlinie zwischen christlich-sozialen – links-liberalen und christdemokratischen – einerseits und konservativen Parteien andererseits. Diese ideologische Unterscheidung war bereits früh erkennbar.

In der seit 1952 bestehenden Versammlung der supranationalen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Vorläuferin des Europäischen Parlaments (EP), war die Gründung von europäischen Fraktionen früh formell anerkannt. Die erste war jene der christlichen Demokraten, die am 23. Juni 1953 zusammentrat und 38 von insgesamt 78 Abgeordneten umfasste. Das seit 1958 so bezeichnete EP sah dann ausdrücklich die Fraktionsbildung vor.⁸ Die Abgeordneten hatten zunächst nur ein nationales Mandat inne, weil sie von den einzelstaatlichen Parlamenten entsandt worden waren. Durch den Präsidenten des EP, Alain

8 | *Thomas Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP. Bonn 1996, S. 87 f.*

Poher⁹ (1966–1969), und den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktion, Hans August Lücker¹⁰ (1969–1975), wurde seit Mitte der 1960er Jahre auch von dieser Seite des EP der Kontakt zur EUCD verstärkt. Die führenden Fraktionsvertreter wurden in die EUCD-Gremienarbeit eingebunden. Die EUCD und die Fraktion unterstützten sich in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht gegenseitig. Ein gesteigerter Abstimmungs- und Koordinationsbedarf unter den christlichen Demokraten der Gemeinschaftsmitglieder war erforderlich, was sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Verdichtung der Integrationspolitik erklärt. So setzte allmählich eine stärkere Vernetzung zwischen Vertretern der nationalen Parteien und Verantwortlichen auf europäischer Ebene ein, wozu führende Persönlichkeiten der christdemokratischen Fraktion im EP beitrugen. Die interne Kommunikation verbesserte sich zusehends und das Binnenleben der Organisation erfuhr dadurch eine Stärkung.¹¹

Rückblickend ist festzustellen, dass sowohl die NEI (1947–1965) als auch die EUCD (1965–1998) über einen längeren Zeitraum keine absolut herausragenden Einzelpersonlichkeiten aufzuweisen hatten, die die gesamte Organisation repräsentierten und damit auch einer breiten Öffentlichkeit und über den engeren Kreis einer christlich-demokratischen Anhängerschaft in ihrem jeweiligen Land hinaus europaweit bekannt waren. Konrad Adenauer als führender christlicher Demokrat in der Bundesrepublik nahm nur in den Jahren 1948/49 an den Genfer Kreis-Sitzungen und lediglich an den NEI-Kongressen in Luxemburg 1948 und in Bad Ems 1951 teil, war jedenfalls nicht stark in ihr engagiert.¹² Er ließ

9 | *Alain Poher (1909–1996), französischer Politiker des MRP, 1952–1958 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1968–1992 Präsident des Senats seines Landes.*

10 | *Hans August Lücker (1915–2007), deutscher Politiker der CSU, 1953–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1958–1984 Mitglied des EP, 1976–1979 dessen Vizepräsident, 1976 Mitbegründer der EVP.*

11 | *Thomas Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP. Bonn 1996, S. 77 f.*

12 | *Konrad Adenauer, Ansprache, NEI-Kongress, Luxemburg, 30.1.–1.2.1948, rekonstruiert von Hans August Lücker nach Erinnerungen und zeitgenössischen Quellen, Mitteilung Lückers an das ACDP, Oktober 1981, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hg.): Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965/Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens en Europe. Documents 1945–1965 (Transnational Party Cooperation of European Christian Democrats. Documents 1945–1965). München 2004, S. 118–120; Konrad Adenauer, Ansprache, NEI-Kongress, Bad Ems, 14.–16.9.1951, in: Ebd., S. 293–296.*

sich in der Regel von nachgeordneten deutschen christlichen Demokraten vertreten, so auch eher selten durch Außenminister Heinrich von Brentano¹³ bzw. mehr durch seine außenpolitischen Berater Herbert Blankenhorn,¹⁴ einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes (AA), Staatssekretär Otto Lenz¹⁵ oder den Diplomaten Karl Graf von Spreti.¹⁶

Im Nachkriegsitalien war Alcide De Gasperi der führende Mann der Democrazia Cristiana (DC), aber auch seine Aktivität und Präsenz im Rahmen der NEI hielten sich sehr in Grenzen, mit Ausnahme seiner Teilnahme am NEI-Kongress in Sorrent 1950. Am ehesten könnte man noch Robert Schuman nennen, der aber auch nicht als „NEI-Führer“ identifizierbar ist, während er in der Nachfolge von Georges Bidault¹⁷ an letzten Begegnungen des Genfer Kreises 1955 teilnahm. Es ist schon bemerkenswert, dass das vielfach so als „Dreigestirn“ der europäischen christlichen Demokratie apostrophierte Trio Adenauer-De Gasperi-Schuman so für die christlich-demokratische Internationale NEI weder allzu stark optisch in Erscheinung trat noch in konkreten Begegnungen und direktem trilateralen Austausch so existierte. Sowohl ein gemeinsames öffentlichkeitswirksames Auftreten als auch ein gleichsam attraktiv-spektakuläres Bild, welches sich in das kollektive Gedächtnis eingepägt hätte, ist nicht bekannt.

Maßgebliche NEI-Vertreter waren dagegen ihre Präsidenten – wenn auch außerhalb ihres Landes zumeist eher unbekannte Akteure: der Franzose Robert Bichet¹⁸ (1947–1949) und die Belgier Auguste Edmond

13| *Heinrich von Brentano (1904–1964), deutscher Politiker der CDU, 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1955–1961 Außenminister seines Landes.*

14| *Herbert Blankenhorn (1904–1991), deutscher Politiker der CDU und Diplomat, 1949–1951 persönlicher Referent Konrad Adenauers, 1960–1963 Botschafter in Frankreich und 1965–1970 in Großbritannien.*

15| *Otto Lenz (1903–1957), deutscher Politiker der CDU, 1951–1953 Chef des Bundeskanzleramts, 1953–1957 Mitglied des Deutschen Bundestages.*

16| *Karl Graf von Spreti (1907–1970), deutscher Diplomat und Politiker der CSU, 1949–1956 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1970 als deutscher Botschafter in Guatemala von linksextremistischen Guerillas entführt und ermordet.*

17| *Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker und Gründer des MRP, 1947–1948 und 1953–1954 französischer Außenminister.*

18| *Robert Bichet (1903–2000), französischer Politiker des MRP, 1945–1949 Generalsekretär seiner Partei.*

de Schryver¹⁹ (1950–1959) und Théo Lefèvre²⁰ (1960–1965). Als Generalsekretäre fungierten der Belgier Jules Soyeur²¹ (1947–1949), die Franzosen Robert Bichet (1950–1955), Alfred Coste-Floret²² (1955–1960) und Jean Seitlinger²³ (1969–1965), alles honorige, engagierte und überzeugte christliche Demokraten, aber keine über die Ländergrenzen hinaus ausstrahlungskräftigen und bekannten Führungspersönlichkeiten.

Als Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung der EGKS und im EP wirkten als NEI-Vertreter der Niederländer Emmanuel Sassen²⁴ (1953–1958), der Belgier Pierre Wigny²⁵ (1958) und der Franzose Alain Poher (1958–1966), für die das gleiche Urteil zutrifft. Als Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion im EP wirkten als EUCD-Vertreter die Deutschen Joseph Illerhaus²⁶ (1966–1969) und Hans August Lücker (1969–1975) sowie der Belgier Alfred Bertrand²⁷ (1975–1977).

Im Unterschied zu den NEI wies die EUCD bereits ein stärkeres Persönlichkeitsprofil auf. Unter den Präsidenten firmierten mitunter schon namhaftere und prominentere christlich-demokratische Persönlichkeiten wie der Italiener Mariano Rumor²⁸ (1965–1973), der Deutsche Kai-Uwe von

19 | August de Schryver (1898–1991), belgischer Politiker der CVP, 1945–1949 Vorsitzender seiner Partei.

20 | Théodore Lefèvre (1914–1973), belgischer Politiker der CVP, 1950–1961 Vorsitzender seiner Partei, 1961–1965 Premierminister seines Landes.

21 | Unbekannt.

22 | Alfred Coste-Floret (1911–1990), französischer Politiker des MRP, 1946–1958 Mitglied der Nationalversammlung.

23 | Jean Seitlinger (geb. 1924), französischer Politiker des MRP, später Union pour la Démocratie Française (UDF).

24 | Emmanuel Sassen (1911–1995), niederländischer Politiker der KVP, 1948/49 stellvertretender Vorsitzender seiner Partei und Überseegebiete-minister seines Landes.

25 | Pierre Wigny (1905–1986), belgischer Politiker der PSC, 1952–1958 Mitglied des EP, 1958–1961 Außenminister seines Landes.

26 | Joseph Illerhaus (1903–1973), deutscher Politiker der CDU, 1953–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1958–1970 Mitglied des EP.

27 | Alfred Bertrand (1913–1986), belgischer Politiker der CVP, 1966–1971 Gesundheitsminister seines Landes.

28 | Mariano Rumor (1915–1990), italienischer Politiker der DC, 1963–1968 Vorsitzender seiner Partei, 1968–1970 und 1973/74 Ministerpräsident, 1974–1976 Außenminister seines Landes.

Hassel²⁹ (1973–1981), der Portugiese Diogo Freitas do Amaral³⁰ (1981–1983), die Italiener Giulio Andreotti³¹ (1983–1985) und Emilio Colombo³² (1985–1992), der Belgier Wilfried Martens (1993–1996) und der Niederländer Wim van Velzen³³ (1996–1998). Als Generalsekretäre fungierten der Belgier Leo Tindemans (1965–1974), die Italiener Arnaldo Forlani³⁴ (1974–1978) und Giuseppe Petrilli³⁵ (1978–1983) sowie die Deutschen Thomas Jansen (1983–1994) und Klaus Welle³⁶ (1994–1999). Jansen und Welle fungierten in Personalunion zudem als Generalsekretäre der Europäischen Volkspartei (EVP).

Diese am 29. April 1976 gegründete transnationale „Europäische Volkspartei. Föderation der christlich-demokratischen Parteien der EG“ unterschied sich deutlich von den bisherigen Formen christlich-demokratischer Kooperation wie NEI und EUCD.³⁷ Sie ist vor allem im Vorfeld der ersten Direktwahlen zum EP (1979) und der Neuformierung europäischer Parteienverbände zu sehen. Die Staats- und Regierungschefs der EG beschlossen im Dezember 1974, das Parlament direkt wählen zu lassen,

29 | Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1954–1963 schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1956–1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU.

30 | Diogo Freitas do Amaral (geb. 1941), portugiesischer Politiker, 1980/81 Premierminister seines Landes.

31 | Giulio Andreotti (geb. 1919), italienischer Politiker der DC, 1972/73, 1976–1978, 1978/79, 1989–1992 Ministerpräsident, 1983–1987 und 1987–1989 Außenminister seines Landes.

32 | Emilio Colombo (geb. 1920), italienischer Politiker der DC, 1970–1972 Ministerpräsident seines Landes, 1977–1979 Präsident des EP, 1980–1983 und 1992/93 Außenminister seines Landes.

33 | Wim van Velzen (geb. 1943), niederländischer Politiker des CDA, 1987–1994 Vorsitzender seiner Partei, 1994–2004 Mitglied des EP.

34 | Arnaldo Forlani (geb. 1925), italienischer Politiker der DC, 1969–1973 Generalsekretär seiner Partei, 1976–1979 Außenminister, 1980/81 Ministerpräsident seines Landes.

35 | Giuseppe Petrilli (1913–1999), italienischer Politiker der DC, 1958–1962 EWG-Kommissar für Arbeit und Soziales, 1960–1979 Präsident des IRI.

36 | Klaus Welle (geb. 1964), deutscher Politiker der CDU, 1999–2004 Generalsekretär der EVP-Fraktion im EP, seit 2009 Generalsekretär des EP.

37 | Thomas Jansen: *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*. Brüssel 2006; als nützlicher Überblicksbeitrag dient: Saskia Matl: *Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei*, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen A: Darstellungen 37), S. 289–312.

was zunächst 1978 bzw. letzten Endes 1979 geschehen sollte.³⁸ Dieser Beschluss hatte Signalcharakter, denn im September 1975 setzte die EUCD eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Europäische Partei“ ein, die das Mandat erhielt, Satzung und Programm auszuarbeiten. Das Ergebnis war die offizielle Gründung der EVP 1976.³⁹

Als Präsidenten der EVP wirkten bekannte Persönlichkeiten wie der Belgier Leo Tindemans (1976–1985), der Niederländer Piet Bukman⁴⁰ (1985–1987), der Luxemburger Jacques Santer (1987–1990) und seit 1990 der Belgier Wilfried Martens. Als Generalsekretäre agierten der Franzose Jean Seitlinger (1976–1983), die Deutschen Thomas Jansen (1983–1994) und Klaus Welle (1994–1999), der Spanier Alejandro Agag Longo⁴¹ (1999–2002) und seither sein Landsmann Antonio López-Istúriz White.⁴²

Die seit den 1950er Jahren bestehende gemeinsame Fraktion der christlich-demokratischen Parteien hatte sich in Folge der Gründung der EVP und den ersten Direktwahlen zum EP als Fraktion der EVP formiert. Sie pflegte auf der Führungs- wie auf der Fachebene enge Beziehungen zur Kommission der seit 1967 so benannten Europäischen Gemeinschaften (EG). Als EVP-Fraktionsvorsitzende waren der Deutsche Egon Klepsch⁴³ (1977–1982), der Italiener Paolo Barbi⁴⁴ (1982–1984), abermals Klepsch (1984–1992), die Belgier Leo Tindemans (1992–1994) und Wilfried Martens (1994–1999), der Deutsche Hans-Gert Pöttering (1999–2007) und zuletzt der Franzose Joseph Daul⁴⁵ (seit 2007) tätig.

38 | Michael Gehler: *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung*. München 2010, S. 241, 258.

39 | Hierzu ausführlich einer der maßgebenden Akteure und Vordenker der EVP: Thomas Jansen: *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*. Brüssel 2006, S. 77–83.

40 | Piet Bukman (geb. 1934), niederländischer Politiker des CDA, erster Präsident der neugegründeten Partei, 1988 Verteidigungsminister, 1990–1994 Landwirtschaftsminister seines Landes, 1996–1998 Vorsitzender des niederländischen Repräsentantenhauses.

41 | Alejandro Agag Longo (geb. 1970), spanischer Politiker der PP, 1999–2002 Mitglied des EP, seit 2002 Geschäftsmann.

42 | Antonio López-Istúriz White (geb. 1970), spanischer Politiker der PP, 1999–2002 Assistent von Ministerpräsident José María Aznar, seit 2004 Mitglied des EP.

43 | Egon Alfred Klepsch (1930–2010), deutscher Politiker der CDU, 1992–1994 Präsident des EP.

44 | Paolo Barbi (1919–2011), italienischer Politiker der DC, 1979–1984 Mitglied des EP.

45 | Joseph Daul (geb. 1947), französischer Politiker der UMP, seit 1999 Mitglied des EP.

Wenn es im Rahmen der EVP eine Führungspersönlichkeit gab, dann war dies allerdings Helmut Kohl, was sich schon vor seiner Zeit als deutscher Bundeskanzler (1982–1998) andeutete.⁴⁶ Das politische Gewicht, Charisma, aber auch die Argumentationskraft der Rede Kohls sicherten seine Führungsrolle. Diese äußerte sich etwa darin, dass er bei den Treffen der Partei- und Regierungschefs, den EVP-Gipfeln, immer als erster das Wort ergriff und durch seinen Beitrag Ton und Richtung der einsetzenden Diskussion vorgab. Seinen Lagebeurteilungen und Vorschlägen wurden kaum Einwände gegenüber formuliert, geschweige denn Widerstände entgegengebracht.

Doch die Gründung der EVP wurde nicht überall gleichermaßen begrüßt. Am 23. November 1976 etwa brachten in Zürich Repräsentanten der ÖVP und der schweizerischen Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) gegenüber EUCD- und EVP-Vertretern ihre Sorge zum Ausdruck, dass die EVP an Bedeutung zunehmen, während die EUCD das Nachsehen haben und unter den Verlierern sein würde. Dadurch würden die neutralen Staaten von Information und der Mitwirkung am Integrationsprozess ausgeschlossen. Von österreichischer Seite wurde vor allem die Befürchtung artikuliert, dass dadurch auch die Sozialistische Internationale (SI)⁴⁷ stärkere Einwirkungsmöglichkeit auf die österreichische Innenpolitik haben würde. Die Sozialisten würden profitieren, wenn der ÖVP ihre internationale Mitarbeit erschwert werde. Die CVP verwies darauf, als einzige Partei den Zweiten Weltkrieg überlebt und am Aufbau der NEI, der Vorläuferorganisation von EUCD und EVP, entscheidend mitgewirkt zu haben. Kritisiert wurde die Trennung der christlichen Demokraten in „EG-“ und „EFTA-Parteien“ (European Free Trade Association). Der Vorwurf wurde laut, die EVP trage den Kern der Spaltung in sich.⁴⁸ Aus diesen Worten sprach Enttäuschung, ja Verbitterung.

In der Europäischen Demokratischen Union (EDU) schlossen sich dann 1978 im Gegenzug zur EVP konservative und christlich-demokratische Parteien zu gemeinsamer Arbeit als Sammelbecken von Mitte-Rechts-Parteien in Europa zusammen, und zwar v.a. als Gegengewicht zur SI,

46 | Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. München 2012.

47 | Die Sozialistische Internationale wurde 1889 gegründet und ging aus der bereits 1864 geschaffenen Internationalen Arbeiterassoziation hervor.

48 | Bericht über die Begegnung von ÖVP und CVP mit EUCD und EVP, 23.11.1976. ACDP. Nachlass Kai-Uwe von Hassel. 01-157/166.

aber auch, um als Ersatz für jene christlich-demokratischen und konservativen Parteien zu wirken, die in der EVP aufgrund ideologisch-programmatischer Differenzpunkte bzw. der Nicht-EG-Zugehörigkeit ihrer Staaten keine Aufnahme finden konnten.⁴⁹ Die EDU wollte weder ein Parteienbund wie die EUCD noch eine „Europa-Wahlpartei“ wie die EVP sein. Sie verstand sich als Arbeitsgruppe von Parteien und Koordinatorin europapolitischer Vorstellungen. Die EVP sollte hingegen eine supranationale Formation im Gefüge der EG sein, die über reine Kooperation hinausgehen wollte. Interessensüberschneidungen und -konflikte waren vorprogrammiert.

Die EDU versuchte seit ihrer Gründung neu entstehende Demokratien inner- und außerhalb Europas zu unterstützen und gleichzeitig kommunistische und totalitäre Tendenzen zu bekämpfen. Folglich richtete sie schon sehr früh ihre Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen nicht nur in Mittel- und Osteuropa (MOE), sondern auch auf außereuropäische Themen, etwa in Mittelamerika. Einen Endpunkt dieser Entwicklung bildete ein Treffen des Lenkungsausschusses der EDU am 30. Juni 1989 in Stockholm, wo sie als erste große Parteien-Internationale beschloss, maßgeblich zur Verstärkung der neuen Demokratien und Bürgergesellschaften beizutragen, indem „like-minded“-Parteien, Personen und Gruppen in MOE unterstützt werden sollten.⁵⁰

In der EDU engagierten sich neben Jacques Chirac, Helmut Kohl und Margaret Thatcher vor allem Österreicher. Führender Exponent war Alois Mock, der an ihrer Gründung bereits mitwirkte. Als Nachfolger von Josef Taus (1978–1979) wirkte er als Langzeit-EDU-Präsident (1979–1998). Als Gründungs-Exekutivsekretär der EDU war Andreas Khol von 1979 bis 1996 aktiv, dem sein Landsmann Alexis Wintoniak⁵¹ bis zur Auflösung dieser Organisation im Jahr 2002 folgte.⁵²

49 | *Andreas Khol/Lars Tobisson/Alexis Wintoniak: Twenty Years European Democrat Union 1978–1998. Wien 1998.*

50 | *Martin Eichtinger/Helmut Wohnout: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte. Wien – Graz – Klagenfurt 2008, S. 153.*

51 | *Alexis Wintoniak (unbekannt), österreichischer Diplomat und Politiker der ÖVP.*

52 | *Martin Eichtinger/Helmut Wohnout: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte. Wien – Graz – Klagenfurt 2008, S. 145–157; Andreas Khol/Lars Tobisson/Alexis Wintoniak: Twenty Years European Democrat Union 1978–1998. Wien 1998, S. 112–115.*

Im Jahr der ersten Direktwahl des EP bestanden 1979 mit EUCD, EVP und EDU also drei unterschiedliche Kooperationsformen christlich-demokratischer und konservativer Parteien, die sich zu ergänzen schienen, mitunter aber konträr oder in Konkurrenz zueinander standen. Objektiv rechtfertigten sich die EUCD-, EDU- und EVP-Strukturen durch Unterschiede in Auftrag, Funktion, Organisation und Reichweite: Die EVP operierte im Rahmen der EG und die EDU im gesamteuropäischen Raum, wobei sich letztere auch dadurch von der EVP unterschied, dass sie sich um Zusammenfassung aller nicht-sozialistischen, bürgerlichen Kräfte (Konservative, Christliche Demokraten, Liberale etc.) bemühte. Die EVP wollte hingegen eine christlich-demokratisch orientierte Partei sein und operierte als solche in dem von den Gemeinschaftsverträgen definierten politischen System. Sie verfügte deshalb auch über eine demokratische und föderale Organisationsstruktur, während sich die EDU nur mit einer leichten Verbandsstruktur begnügen wollte. Mit „diplomatischen“ Methoden war sie bemüht, zwischen den Führungen ihrer Mitgliedsparteien um Kooperation und Verständigung zu werben.

Das seit den Gründungen von EVP und EDU mitunter auch als Dualismus zu bezeichnende Verhältnis zwischen den verschiedenen Kooperationsformen bestand bis in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weiter. Immer mehr europäische Parteien versuchten allerdings, dieses Dilemma im Rahmen der EVP als Fraktion im EP zu überwinden.⁵³

2. Das Forschungsvorhaben

Im Rahmen eines von 2009 bis 2013 laufenden kooperativen Forschungsprojekts des Karl-von-Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Österreich (KvVI) in Wien und dem Institut für Geschichte der Universität Hildesheim zum Thema „Transnationale Parteienkooperation christdemokratischer und konservativer Parteien Europas 1965 bis 1979“, großzügig gefördert durch das österreichische Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF),

53| Siehe: Hinnerk Meyer: *Die christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments im Spannungsfeld verschiedener transnationaler Kooperationsformen 1965–1979*, in: *Journal of European Integration History* 17 (2011). Nr. 1, S. 31–45; wie auch den Band von: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): *Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europastudien 5)*. Hildesheim – Zürich – New York 2012.

wurden in den vergangenen Jahren Quellenbestände im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Sankt Augustin bei Bonn, im Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in München sowie in den Archiven des KvVI in Wien und des Katholieke Documentatie- en Onderzoekscentrum voor Religie, Cultuur en Samenleving (KADOC) in Leuven (Belgien) sowie zuletzt auch im Istituto Luigi Sturzo in Rom erhoben.

Neben der Sichtung und Erfassung des relevanten Aktenmaterials, welches Aufnahme in einer umfassenden Dokumentenedition finden wird, haben die als Herausgeber dieses Bandes firmierenden Projektbearbeiter im Rahmen des Forschungsprojekts auch zusätzlich gezielte Zeitzeugengespräche mit Akteuren der transnationalen Parteienkooperation von Christdemokraten und Konservativen in Europa geführt.

Der länderspezifische Schwerpunkt der befragten Zeitzeugen lag dabei v.a. auf den deutschen christlich-demokratischen Parteien (CDU⁵⁴/CSU) sowie der Österreichischen Volkspartei (ÖVP),⁵⁵ die allesamt sehr aktiv in der europäischen Parteienzusammenarbeit waren. Weitere internationale Gesprächspartner zur Thematik konnten aus Belgien, Großbritannien und Luxemburg gewonnen werden. Die Zeitzeugen wurden ausgehend von der Aktivität im Rahmen der Parteienkooperationsformen und deren Ansprech-, Erreich- bzw. Verfügbarkeit für ein Interview ausgewählt.

54 | Ulrich Lappenküper: *Zwischen „Sammlungsbewegung“ und „Volkspartei“*. Die CDU 1945–1969, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th Century Europe/La Démocratie Chrétienne en Europe au XXe siècle* (Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 4). Wien – Köln – Weimar 2001, S. 385–398.

55 | *Im Überblick: Andreas Khol: Die internationalen Parteienzusammenarbeit: Die Beziehungen der Österreichischen Volkspartei zu ihren Schwesterparteien und ihre Mitarbeit in den transnationalen Parteienzusammenschlüssen*, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.): *Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945*. Wien – Köln – Weimar 1995, S. 359–369; sowie: Christian Mertens: *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas* (Schriftenreihe des ÖVP-Parlamentsklubs 10). Wien 1997; Michael Gehler/Johannes Schöner: *Transnationale christdemokratische Parteienkooperationen in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen*, in: *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl-von-Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich*. Hg. v. Helmut Wohnout, 11/12 (2007/2008). Wien – Köln – Weimar 2009, S. 271–318.

Die Reihenfolge der präsentierten Zeitzeugengespräche erklärt sich zu einem guten Teil chronologisch aus der Entwicklungsgeschichte der Operationsformen und der in ihnen entfalteten Aktivitäten der befragten Exponenten. So setzen wir mit Konrad Kraske in den 1950er Jahren ein, der die Anfänge und den Übergang von den NEI zur EUCD 1965 miterlebte und enden mit Hans-Gert Pöttering, der als profiliertes Europaparlamentarier bei der Fusion von EUCD 1998, EDU und EVP 2002 mitwirkte und zuletzt als EP-Präsident herausragte. Die Herausgeber sind sich dabei bewusst, dass auch noch Beobachter und Gestalter der europäischen Parteienkooperation aus dem Spektrum der christlichen Demokratie aus anderen Ländern zu befragen gewesen wären, was sich als zukünftige Forschungsaufgabe für Historiker in Frankreich, Italien, den Niederlanden usw. als notwendig erweist.

3. Arbeitsteilige Interviewführung

Die Interviews wurden arbeitsteilig geführt.⁵⁶ Die befragten Personen waren teils prominente nationale und internationale Politiker wie Martens, Tindemans, Santer oder Vogel, teils hinter den Kulissen wirkende Lobbyisten und Vertrauensleute in Netzwerken.⁵⁷ Dabei handelt es sich nicht nur um im öffentlichen Bewusstsein unterschätzte bzw. vergessene, sondern bisweilen auch um völlig unbekannte Europäer, die transnationale Parteienkooperation ermöglichten und ihren Wert kritisch einzuschätzen vermochten. Sie galt es in diesem Band in den Blick zu nehmen und der allgemeinen Vergessenheit zu entreißen.

56 | Johannes Schöner vom KvVI interviewte Herbert Kohlmaier, Sixtus Laner, Josef Taus, Fritz König, Ludwig Steiner und Dieter A. Schmidt. Michael Gehler, Hinnerk Meyer und Marcus Gonschor interviewten gemeinsam Peter Radunski, Siegbert Alber und Henning Wegener. Thomas Jansen wurde von Gehler und Meyer gemeinsam mit Kollegen des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim befragt. Gehler interviewte Jacques Santer, im Rahmen einer Expertenrunde Hans-Gert Pöttering und richtete darüber hinaus Fragebögen an Andreas Khol und Johann-Adolf Cohausz, die dankenswerter Weise noch kurzfristig darauf eingingen und ausführlich antworteten. Meyer und Gonschor befragten Konrad Kraske, Leo Tindemans und Wilfried Martens. Gemeinsam interviewten alle Projektmitarbeiter Bernhard Vogel. Lord Plumb konnte für eine schriftliche Stellungnahme gewonnen werden.

57 | Michael Gehler: *Parteilpolitik in transnationalen Netzwerken. Ein Vergleich zwischen SPÖ und ÖVP mit einem Ausblick ins 21. Jahrhundert*, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart*. Wien – Köln – Weimar 2008, S.165–183.

4. Fragestellungen und Vorgangsweise

Anhand eines standardisierten Fragebogens, angereichert durch individuell-spezifische Zusatzfragen, wurden die Personen zumeist einleitend zu ihrer Kindheit und Jugend befragt. Es folgten Fragen zur Ausbildung, zum Studium, zu prägenden Lehrern, historischen und politischen Vorbildern sowie Freunden und Weggefährten. Fragen nach dem Zeitpunkt des Parteibeitritts und den hierfür ausschlaggebenden Motiven, den ersten Erfahrungswerten mit dem Themenkomplex „Europa“ schlossen sich an. Die prägenden politischen Karrierestationen und die wichtigsten politischen Erlebnisse waren darüber hinaus Gegenstand der Erörterung, um sodann in die spezifische Materie der transnationalen Parteienkooperation (NEI, EUCD, EVP und EDU) einzusteigen. Fragen nach den führenden Exponenten und wichtigsten Pionieren parteipolitischer Europapolitik und den Anfängen ihrer europäischen Vernetzungen, den in den Organen von EUCD, EVP und EDU diskutierten Themen und politischen Zielen, den Problemen und Störfaktoren der transnationalen Parteienkooperation und den unterschiedlichen europäischen Kulturen und Mentalitäten folgten. Im letzten Teil der Interviews wurden die deutsche Frage, die Erweiterung EU-Europas nach Osten und die sich daraus ergebenden Folgen für die transnationale Parteienkooperation problematisiert. Eine Reihe von Abschlussfragen führte zur zentralen Themenstellung zurück: Welchen Stellenwert hatte transnationale christdemokratische Parteienkooperation? War es eine vernachlässigbare Größe oder wichtiger flankierender Faktor? Welche Perspektive hat transnationale Parteienkooperation heute noch? Und überspitzt gefragt: Welche Bedeutung haben Parteien überhaupt noch unter den Bedingungen eines radikalen Wandels der Medien- und Kommunikationsgesellschaft?

Alle Gespräche wurden auf Tonträger aufgezeichnet, transkribiert, in Absprache mit den Zeitzeugen redigiert und dann von ihnen nach Vorlage approbiert. Die Gespräche mit Alber, Jansen, Kraske, Martens, Radunski, Tindemans, Wegener und Vogel konnten zudem auch gefilmt und am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim archiviert werden.

5. Erste Befunde

Wie bei allen historischen Dokumenten handelt es sich auch bei diesen Interviewaufnahmen um Informationen, die mit entsprechender Quellenkritik auszuwerten und zu interpretieren sind. Diese Sammlung von Oral-History-Materialien stellt jedenfalls eine erste Edition von Ego-

Dokumenten aus dem Bereich christlich-demokratisch-konservativer Zeitzeugenschaft Europas und seiner Parteienkooperation dar. Sie trägt zu einem besseren Verständnis der seit 1947 entstandenen und seit 1965, 1976 und 1978 fortgeführten europäischen Parteienformationen bei. Dabei wurden in diesen edierten Dokumenten die Herausforderungen und Grenzen,⁵⁸ aber auch die Möglichkeiten und Perspektiven der transnationalen Kooperation dieses speziellen politisch-ideologischen Parteienspektrums erkennbar. Damit ist einmal mehr die Problematik der Entstehung einer „europapolitischen Kultur“ bzw. die Entwicklung eines „europäischen Bewusstseins“ und zwar hier unter den einzelnen Parteizusammenschlüssen deutlich geworden.

Für eine abschließende Bewertung ist es noch zu früh. Dazu muss auch noch die Vielzahl der bereits erschlossenen zeitgenössischen Dokumente aus den eingangs genannten Archiven herangezogen und mit den Interviews vergleichend analysiert werden, was in der vorab erwähnten Dokumentenedition geschehen soll. Erste Befunde sind jedoch bereits möglich:

Motor der transnationalen Parteienkooperation nach 1945 war die Notwendigkeit zur Bildung einer zunehmenden Einheit der europäischen Christdemokraten – auch als Alternative zu den sozialistischen, kommunistischen und faschistischen Ansichten und Theorien, wie der belgische Christdemokrat, Premierminister (1974–1978) und Karlspreisträger Leo Tindemans erklärte. Gerade jene belgischen christlichen Demokraten spielten besonders in den NEI, aber auch in der EUCD eine wichtige Rolle, weil sie umgekehrt den Wert der transnationalen Parteienkooperation aufgrund ihrer frühzeitig ausgeprägten europäischen Überzeugung erkannt hatten, was Wilfried Martens,⁵⁹ belgischer Premier (1979–1992) und seit 1990 amtierender EVP-Präsident, konzise ausführte. Internationale Kontakte bezeichnete auch der langjährige Bundesgeschäftsführer der CDU (1958–1970) Konrad Kraske als wichtig, um sich gegen die SI formieren zu können. Die frühen Beziehungen der CDU zu ihren Schwesterparteien waren für die Behauptung, Legitimation und das Selbstver-

58 | Michael Gehler: *From European Union of Christian Democrats to European People's Party: Limits of and Possibilities for a Research Project on Transnational Party Cooperation*, in: Dominique Durand (Ed.): *Christian Democrat Internationalism in Europe* (Istituto Luigi Sturzo/Centre for European Studies), Rom erscheint 2013.

59 | Wilfried Martens: *De Memoires*. Tielt 2006; Ders.: *Europe, I Struggle, I Overcome*. Berlin – London 2008.

ständnis als „europäische Partei“ bedeutsam. Die sich in diesem Zusammenhang intensivierende Kooperation zwischen Christdemokraten und Konservativen war auch in späteren Jahren aus Sicht des ehemaligen EDU-Generalsekretärs Andreas Khol noch ein Reflex auf den ideologischen Gegner, den Bernhard Vogel, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident (1976–1988), als das sozialistische „Dreigestirn“ Willy Brandt/Olof Palme⁶⁰/Bruno Kreisky⁶¹ personifizierte. Der langjährige EVP-Generalsekretär (1983–1996) Thomas Jansen sah im Vergleich zu den „internationalen“ Sozialisten dagegen keinen historischen Nachholbedarf hinsichtlich der christlich-demokratischen Kooperation auf europäischer Ebene.

Die Ablösung der NEI durch die Gründung der EUCD 1965 wurde von den Zeitzeugen unterschiedlich bewertet. Mit letzterer wurde die Zusammenarbeit laut Kraske konkreter, zumal das Ziel mit der Bündelung der christlich-sozial-konservativen Kräfte in Europa klarer definiert worden war. In diesem Kontext gelang es der deutschen CDU auch, als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Für Tindemans bildete die EUCD einen wichtigen Rahmen, der die Qualität der Zusammenarbeit der europäischen Christdemokraten verbesserte. Peter Radunski, CDU-Bundesgeschäftsführer (1981–1991), sah die EUCD gar als Basis für die spätere EVP. Der Österreicher Khol erlebte die Gründung der EUCD dagegen als zwiespältig, da nicht alle Partner der Alpenrepublik, v.a. nicht alle Neutralen, in ihr vertreten waren und auch eine Distanz der ÖVP zu den niederländischen und belgischen Christdemokraten festzustellen war. Die EUCD war dennoch wichtig für die Österreicher und zwar mit Blick auf Kontakte zu den EWG/EG-Parteien. Grundsätzlich akzentuiert Khol aber auch deren Vorwirkung: Ohne sie hätte es weder eine EVP noch eine EDU gegeben, so dass die EUCD im Rückblick als wesentliche Vorstufe erscheint. Der luxemburgische Premier (1984–1995) Jacques Santer⁶² stellt zudem die Rolle der luxemburgischen Christlich Sozial Volkspartei (CSV) im Rahmen der europäischen Parteienkooperation heraus und würdigt die Rolle der NEI, der EUCD und der EVP insgesamt. Die Zeitzeugen lieferten auch aufschlussreiche Antworten auf die Frage nach organisatorischen Doppelgleisigkeiten und Spannungsfeldern zwi-

60 | Olof Palme (1927–1986), schwedischer Politiker der sozialdemokratischen Partei, 1969–1976 und 1982–1986 Ministerpräsident seines Landes.

61 | Bruno Kreisky (1911–1990), österreichischer Politiker der SPÖ, 1970–1983 Bundeskanzler seines Landes.

62 | Anne Schmitt: Jacques Santer. *Portrait intranquille*. Luxembourg 2005.

schen den einzelnen Kooperationsformen. Der konservative Brite Lord Plumb, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Demokraten (1982–1987) und Präsident des EP (1987–1989), spricht in seinem *working paper* spezielle Probleme und Schwierigkeiten an. Gemeint ist nicht zuletzt die unterschiedliche Haltung zum Föderalismus, der für die Tories ein „rotes Tuch“ war und noch immer ist. Die ausgefochtenen „Glaubenskämpfe“ zwischen christlichen Demokraten und Konservativen traten v.a. zwischen EVP und EDU auf, mit entsprechenden Auswirkungen auf die EUCD wie auch auf bestimmte Politikfelder. So verwies etwa Herbert Kohlmaier, der Generalsekretär der ÖVP und Vizepräsident der EUCD (1971–1975), auf die in diesem Zusammenhang entstandene Problematik um die Etablierung einer europäischen Sozialpolitik. Die strukturellen Unterschiede zwischen Christdemokraten und Konservativen bedeuteten zweifelsohne eine Erschwernis für den Einigungsprozess Europas. Erst 1998 bzw. 2002 hörten EUCD und EDU auf zu existieren. Beide sind in der EVP aufgegangen. Auch Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999–2007) und Präsident des EP (2007–2009), erinnert an die Kooperation mit den britischen Konservativen auf europäischer Bühne und beleuchtet die Folgen ihres Ausscheidens aus der Fraktion 2007, was ein Vorspiel der Weigerung David Camerons war, den 2012 beschlossenen Fiskalpakt zu akzeptieren.

Für den ersten EDU-Präsidenten Josef Taus (1978/79) war sachpolitische Zusammenarbeit dagegen keine Frage ideologischer Grundausrichtung. Er trat im Sinne problemlösungsorientierter Kooperationen vermittelnd auf. Zu dem regelmäßig aufbrechenden Konflikt zwischen christlichen Demokraten und Konservativen wie „linken“ und „rechten“ bürgerlichen Gruppierungen konstatierte der österreichische Botschafter Ludwig Steiner⁶³, der an führender Stelle in EUCD und EDU beteiligt war, die besondere Mittlerrolle Österreichs.

Ein sonderlicher Gegensatz zwischen EVP und EDU war für Siegfert Alber, der dem EP von 1977 bis 1997 angehörte und als dessen Vizepräsident (1984–1992) wirkte, nicht zu erkennen. Die EUCD und die EVP bezeichnete er als Bindeglieder zwischen Parteispitze und „Fußvolk“. Er bilanzierte den sukzessiv gestiegenen Einfluss von CDU/CSU im Rahmen der Parteienkooperation parallel zu jenem der Bundesrepublik, die durch ihre ökonomische Stärke signifikant an Bedeutung gewann.

63 | Ludwig Steiner: *Diplomatie – Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich 1972–2007*. Innsbruck – Wien 2008.

Henning Wegener, Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen (BAB) der CDU betont in diesem Zusammenhang die Rolle Helmut Kohls, der zunehmend zur bestimmenden Figur der europäischen Christdemokraten und Konservativen aufstieg. Schon als Oppositionspolitiker im Deutschen Bundestag (1976–1982) nutzte er die Möglichkeiten im Rahmen der europäischen Parteienzusammenarbeit, um seine außenpolitischen Vorstellungen zu profilieren. Zudem begriff Kohl die EDU auch als ein pragmatisches Instrument, um auf europäischer Ebene Mehrheiten zu generieren. Der außenparteipolitische Berater des Bundeskanzlers Kohl und Leiter des BAB der CDU (1993–1998), Johann-Adolf Cohausz, deutet dessen dialektisches Verhältnis zur EVP und EDU an: Einerseits setzte der Bundeskanzler eindeutig auf die EVP mit ihren föderalen Zielen, andererseits achtete er darauf, über die EDU Mehrheiten zu erlangen.

Auch für die bayerische CSU waren die Kontakte zu den Schwesterparteien außerhalb EG-Europas nach Gründung der EVP von besonderer und anhaltender Bedeutung. Das besondere Verhältnis zwischen CDU und CSU wurde vom Kräfteverhältnis zwischen Kohl und Franz Josef Strauß bestimmt und war zumeist äußerst ambivalent. Dieter A. Schmidt, langjähriger Leiter des Instituts für Auswärtige Beziehungen der HSS, empfand die EDU als Gruppierung, die ihrem Aufbau zufolge organischer war und für christlich-demokratische und konservative Parteien kleiner Staaten eher politische Möglichkeiten bot, sich zu artikulieren und konkret einzubringen. Insbesondere der menschliche Faktor, die viel zitierte „Chemie“, wurde von Sixtus Lanner, Vizepräsident der EUCD (1976–1982), im Kontext des Funktionierens der internationalen Kooperation hervorgehoben.

Die gemeinsamen thematischen Schwerpunktsetzungen von Europa- und Integrationspolitik trugen mit zur gemeinschaftsrechtlichen Vereinheitlichung und politischen Einigung des Kontinents bei, weshalb uns der Titel dieses Bandes „Mitgestalter Europas. Transnationalismus und Parteinetzwerke europäischer Christdemokraten und Konservativer in historischer Erfahrung“ gerechtfertigt erscheint.

Neben der weniger wirksamen Öffentlichkeitsarbeit über den engeren Kreis von Parteienvertretern und Mitgliedern mit Blick auf Anhänger- und Wählerschaften hinaus sollte die Rolle von Aktions-, Grundsatz- und v.a. Wahlprogrammen und ihre Wirkung hinsichtlich der Selbstdarstellung, Kommunikation und Verständigung der verschiedenen christlich-demokratischen und konservativen Parteien Europas untereinander nicht un-

terschätzt werden. Von 1990 bis 1994 Europabeauftragter der ÖVP für die österreichischen Beitrittsverhandlungen mit der EU auf parlamentarischer Ebene und Mitglied des EVP-Fraktionsvorstandes definiert Friedrich König insbesondere die Interessenpolitik der Jugend als wesentlich für die Heranbildung eines Europabewusstseins.

Auch die Frage der Bewältigung von Krisensituationen verschiedener Art (resultierend z.B. aus Neuaufnahmen, innergemeinschaftlichen oder zwischenstaatlichen Ereignissen und Problemlagen) sowie die Entwicklung von entsprechenden Strategien in christlich-demokratischen Parteiführungskreisen in Europa spielte keine geringe Rolle in den Zeitzeugengesprächen.

Immer wieder wird im Kontext der Ursprünge der europäischen Integration von „Gründervätern“ gesprochen. Dabei tauchen wiederkehrend Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman als „Dreigestirn“ auf. Die Herausgeber sind sich dabei bewusst, dass es nicht nur christliche Demokraten und Konservative waren, die als Europäer agierten. Unter den Sozialisten und Sozialdemokraten finden sich von den Anfängen der europäischen Integration bis zur jüngeren Zeit ebenso Mitstreiter, Pioniere und Vorkämpfer, die sich für die Europaidee engagierten und zur Einigung des Kontinents beitrugen, z.B. Paul-Henri Spaak⁶⁴ aus Belgien, Willy Brandt und Helmut Schmidt aus Deutschland sowie Jean Monnet, Jacques Delors⁶⁵ oder François Mitterrand aus Frankreich. Sie arbeiten auch mit europäischen Christdemokraten eng zusammen. Exponenten aus dem politisch-liberalen Spektrum zählten ebenso zu den Integrationsbefürwortern, z.B. Carlo Graf Sforza⁶⁶ aus Italien oder Hans-Dietrich Genscher aus Deutschland.

Für die meisten Zeitzeugen waren das Kriegsende und die Erfahrungen mit der Diktatur des Nationalsozialismus prägende Kindheits- oder

64 | *Paul-Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker der sozialistischen Partei, 1938/39, 1946 und 1947–1949 Premierminister seines Landes, 1952–1954 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1957–1961 NATO-Generalsekretär, 1961–1966 Außenminister seines Landes.*

65 | *Jacques Delors (geb. 1925), französischer Politiker der PS, 1981–1984 Wirtschafts- und Finanzminister seines Landes, 1985–1995 EG- bzw. EU-Kommissionspräsident.*

66 | *Carlo Graf Sforza (1872–1952), italienischer Diplomat und Politiker der liberalen republikanischen Partei, 1947–1951 Außenminister seines Landes.*

Jugenderlebnisse, weshalb sie die europäische Kooperation als Beitrag zur Herstellung dauerhafter friedlicher Verhältnisse für den Kontinent als Notwendigkeit verstanden.

Die Untersuchung der genannten transnationalen Formationen im Wege von Akteurs- und Zeitzeugenbefragungen ermöglichte vor dem Hintergrund ihrer nicht zu unterschätzenden Rolle als kommunikative Mittler zwischen den verschiedenen Parteien Europas, aber auch zwischen europäischer Politik und nationalen Teilöffentlichkeiten wie Staat und Gesellschaft weitere Aufschlüsse über grenzüberschreitende Fortschritte im Sinne der Debatte über die Herausbildung einer transnationalen bzw. europäischen Gesellschaftsgeschichte.

Der spezifische Beitrag von Europas Christdemokraten und Konservativen lag in Vertrauensbildungen, Verständigungen und Vereinbarungen und ihrem dabei zur Geltung gebrachten gewachsenen Gewicht, vor allem bedingt durch die deutschen Parteien CDU und CSU, die das Europa der EWG und EURATOM von den Römischen Verträgen (1957/58) bis zur EU von Lissabon (2007/09) ganz maßgeblich mitgestaltet und entscheidend vorangetrieben hatten. Die ÖVP war dabei in vielen Phasen ein natürlicher Verbündeter, der die deutschen christdemokratischen Parteien unterstützte, wenn man von den zeitweisen EDU-EVP-Querelen einmal absieht.

Weniger in der nationalen Öffentlichkeit, allerdings im internationalen Kontext, der sich zu einem transnationalen Rahmen – also jenseits des Staates – auswuchs, konnten teils hinter den Kulissen, teils in einer Halböffentlichkeit über Lobbyisten und Vertrauensmänner Abstimmungen erfolgen, Abmachungen getroffen und Ziele gemeinsam angesteuert werden, die der öffentlichen Wahrnehmung verborgen blieben und so nicht erschließbar, aber umso effizienter gestaltbar bzw. zügiger erreichbar, wengleich demokratiepolitisch nie ganz unproblematisch waren.

Die verschiedenen Zeitzeugen stimmten nicht in allen Punkten überein, doch unterstrichen sie insgesamt die positiven Effekte und Nebenwirkungen sowie die mittel- und langfristig zu Tage tretenden Folgen einer bisher wenig beachteten und kaum untersuchten Netzwerkarbeit, die im Fraktionsrahmen des EP an Kohäsion und Stärke gewinnen konnte sowie im Kontext der nationalen Außen- wie auch europäischen Integrationspolitik Hindernisse abbauen, Wege ebnen und Ziele rascher erreichen half.

6. Danksagung

Zu danken ist Eva Löw und Christina Lullies für Korrekturarbeiten, Dr. Godfried Kwanten vom KADOC in Leuven für die exzellente Zusammenarbeit und die Ermöglichung und Vermittlung des Zeitzeugengesprächs mit Leo Tindemans, Meinhard Friedl für das Projektmanagement sowie dem BMWF in Wien für die Unterstützung der Forschungsarbeiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., namens Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters, für die Aufnahme in ihr Publikationsprogramm und zu guter Letzt auch „unseren“ Zeitzeugen für ihre Auskunftsbereitschaft und Offenherzigkeit.

Hildesheim/Wien, 1. Dezember 2012

Die Herausgeber

Michael Gehler

Marcus Gonschor

Hinnerk Meyer

Johannes Schöner